

**Auftaktveranstaltung zur Informations- und Kommunikationsinitiative des Wirtschaftsministeriums zum Thema Mobilfunk und 5G  
4. November 2020, Stuttgart**

***Kurzstatement "5 G sichert Wachstum und Beschäftigung"***

Spätestens mit der Versteigerung der ersten Frequenzblöcke für 5G ist klar geworden: Auch wenn die bereits jetzt zur Verfügung stehenden 5G-Frequenzen technisch noch keine flächendeckende Versorgung mit 5G ermöglichen, eröffnet der neue Mobilfunkstandard schon jetzt eine Vielzahl neuer Anwendungsfelder, die vorher nicht oder nur unter Einschränkungen möglich waren.

Welchen Nutzen 5G hat, wird sich vorerst vor allem lokal und räumlich begrenzt zeigen. Der 5G Standard wird ganz neue Möglichkeiten im Zusammenhang mit den Themen Industrie 4.0 und dem Internet of Things (IoT) eröffnen. 5G wird in diesem Kontext „Enabler“ für viele neue Projekte. Zum Beispiel stellt die Möglichkeit des Erwerbs einer Campuslizenz für viele Firmen eine attraktive Möglichkeit dar, den Maschinenpark auf dem eigenen Gelände zu steuern oder logistische Prozesse durch selbstständig navigierende Flurförderzeuge effizient zu organisieren. 5G wird Prozesse schneller machen, die Datenübertragungsraten werden enorm steigen und damit wird es zu mehr Genauigkeit in der Prozessabwicklung und in der Steuerung von Maschinen kommen. Die Anzahl der IoT Geräte, die gleichzeitig über 5G gesteuert werden können, wird sich sprunghaft erhöhen. Die Anwendungsgebiete sind vielfältig: Smart Cities, CTI-Anbindungen (und damit das Telefonieren über das Internet), die Bedienung medizinischer Geräte in Echtzeit über Datenleitungen - all dies sind Anwendungsfälle, die von 5G profitieren werden.

Die 5G Technologie ist auch dazu geeignet, Probleme des ÖPNV zu lösen. Auch wenn 5G nicht flächendeckend im eigentlichen Sinne sein wird, wird es möglich sein, Kommunen oder Teile von Kommunen vollständig zu versorgen. So werden autonome Fahrzeuge als Zubringer zu Bahnstrecken auch im ländlichen Raum verkehren können. Hier wird sich mit dem gezielten Einsatz der Technologie auf bestimmten Strecken ein Bedienungsstandard erzielen lassen, der derzeit nicht rentabel vorhaltbar wäre. Es werden autonom fahrende Shuttlebussysteme in Innenstädten und Gewerbe Parks eingesetzt werden können.

Doch auch für den ländlichen Raum zeichnen sich Lösungen ab. Unter dem Stichwort DSS (Dynamic Spectrum Sharing) wird gerade eine Technologie etabliert, die es ermöglicht, auf einer Frequenz 4G- und 5G-Technologie zum Einsatz zu bringen. Damit werden Bandbreiten bis zu 200 mbit/s möglich – für viele ländliche Gebiete ein Quantensprung.

Es wird somit darauf ankommen, zielgerichtete Lösungen für klare Probleme zu finden. Das Rennen um die Technologieführerschaft in diesem Bereich ist schon in vollem Gang. Es wird entscheidend sein, diese Dienstleistungen im europäischen, noch besser im deutschen Raum zu entwickeln und erfolgreich an den Markt zu bringen. Der Erfolg in diesem Wettrennen wird uns Wachstum und Beschäftigung sichern, in

dem wir Abhängigkeiten von anderen großen Volkswirtschaften wie den USA und China vermeiden.

Wir stehen in engem Kontakt zu unseren Mobilfunkanbietern und erleben immer wieder, dass von diesen auf der einen Seite erwartet wird, die Lücken in ihren 3G- und 4G-Netzen möglichst schnell zu schließen und den 5G-Standard zügig auszurollen. Auf der anderen Seite stehen die Unternehmen aber vor der Schwierigkeit, geeignete Standorte für Sendeanlagen zu finden. Wenn sich in Städten und Kommunen Hindernisse dadurch ergeben, dass in ihren Ortsbausatzungen Auflagen für die Höhe und Platzierung der Anlagen zu finden sind oder keine eigenen Gebäude für Sendeanlagen zur Verfügung gestellt werden, wird es für die Mobilfunkunternehmen schwer, die für ein gutes Netz erforderlichen Standorte zu lokalisieren. Auch die in manchen Kommunen geltenden Schweizer Grenzwerte werden bei der Etablierung von 5G Schwierigkeiten machen. 5G-Anlagen werden aufgrund ihrer kompakten Bauweise wohl keine Baugenehmigung der Kommune benötigen. Doch gegen den Widerstand von Verwaltung und Bürgern neue 5G-fähige Sender zu errichten, ist sicherlich kein guter Weg. Hier kann ich nur zu einem konstruktiven Dialog zwischen allen Beteiligten aufrufen, um unsere Wirtschaft aber auch unsere Gesellschaft als Ganzes zukunftsfähig zu erhalten.

Dazu ist es aber auch nötig, ein „Willkommensklima“ für 5G zu schaffen. Sie können sich sicher an die teils hoch emotionalen Diskussionen mit Bürgerinitiativen erinnern, die es bei der Einführung des UMTS-Standards gab. Auch heute ist das Thema wieder genauso emotional. Die Grundlage für den sicheren Betrieb der Mobilfunkanlagen, so auch bei der nunmehr eingeführten 5G-Technik, ist das in Deutschland geltende Schutzkonzept. Dieses sieht Grenzwerte für den Mobilfunk vor, welche in der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) gesetzlich verankert sind. Die Basis hierfür sind die Grenzwertempfehlungen von internationalen und nationalen Expertengremien, wie zum Beispiel der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICNIRP) oder der Deutschen Strahlenschutzkommission (SSK). Die Internationale Strahlenschutzkommission hat ihr Schutzkonzept erst im Frühjahr 2020 bestätigt, die dort getroffenen Aussagen gelten explizit auch für den neuen Mobilfunkstandard 5G. Somit haben wir einen gesetzlichen Rahmen, in dem wir uns bewegen können. Es ist nun sicher angebracht, sich über mögliche Gesundheitsrisiken sachlich auszutauschen. Bedenken und in angebrachter Art vorgetragene Ängste müssen ernst genommen werden. Neu gewonnene Erkenntnisse können in die Überarbeitung der genannten gesetzlichen Grundlagen einfließen.

Es ist aber sicher nicht in Ordnung, mit falschen Behauptungen und persönlichen Angriffen zu arbeiten. Nicht nur Bürgermeister, auch Unternehmer, die eigene Gebäude für die Errichtung von Mobilfunkanlagen zur Verfügung stellen wollen, sehen sich teils enormen Anfeindungen - oft anonym in den Social Media kursierend - ausgesetzt. Das kann nicht die richtige Art der Auseinandersetzung in einer Demokratie sein und hier gilt es Stellung zu beziehen und aufzuklären. Es gilt auch schlicht, soweit dies möglich ist, einen gesamtgesellschaftlichen Konsens herzustellen. Und das erhoffe ich mir von der heute startenden Informations- und Kommunikationsinitiative des Wirtschaftsministeriums. Wir alle wollen surfen, chatten, telefonieren, fernsehen, streamen und lesen. Ohne die dazu nötige Infrastruktur werden wir hier nicht weiterkommen.